

Wissen

«Die Ambitionen sind gestiegen»

Pionierat im Klimaschutz Die Schweiz hat den weltweit ersten Kaufvertrag für CO₂-Zertifikate unterzeichnet und finanziert 60'000 Kochöfen in Peru. Marco Berg, Experte für Klimaschutzprojekte, ordnet diesen Schritt ein.

Martin Läubli und Stefan Häne

Die Schweiz will bis 2030 die CO₂-Emissionen halbieren, einen Teil davon im Ausland. Nachdem das Volk im Juni das CO₂-Gesetz abgelehnt hat, verzögert sich die Umsetzung des Plans. Nun scheint die Auslandskompensation noch wichtiger zu werden. Ein wichtiger Schritt ist gestern erfolgt: Die Schweiz hat mit dem französischen Umweltberatungsunternehmen Microsol den weltweit ersten Kaufvertrag für CO₂-Zertifikate unterzeichnet, der auf dem Pariser Klimaabkommen basiert. Für die Abwicklung waren die Stiftungen Klimarappen und Klik im Auftrag des Bundes verantwortlich. «Das ist eine Pionierat», sagt der Geschäftsführer der Stiftungen, Marco Berg.

Herr Berg, was macht diesen Kaufvertrag so besonders?

Es ist der erste Kaufvertrag unter dem Pariser Abkommen – und die Schweiz spielte dabei eine Vorreiterrolle.

Sie meinen den Sonderweg?

Ja, die Schweiz hat sich seit Abschluss des Pariser Abkommens 2015 für starke Regeln beim internationalen Emissionshandel eingesetzt. Es ging etwa darum, dass ausländische Emissionsreduktionen korrekt verbucht werden und einen hohen Nachhaltigkeitsstandard aufweisen. Weil die Vertragsstaaten bis zur Klimakonferenz in Glasgow vor wenigen Wochen keine Einigung erzielten, ging die Schweiz voraus mit eigenen bilateralen Verträgen.

Nun hat man sich in Glasgow geeinigt. Hätte sich die Schweiz die aufwendigen bilateralen Vertragsverhandlungen wie mit Peru sparen können?

Das könnte man so sehen, aber bis die Regeln des Pariser Abkommens greifen, werden sicher nochmals zwei Jahre vergehen. Wir dagegen können nun starten, und das ist enorm wichtig, wenn wir unser Klimziel bis 2030 erreichen wollen.

Wie meinen Sie das?

Nehmen wir Peru: Der Bau effizienter Kochöfen sollte eine Selbstverständlichkeit sein und ohne ausländisches Geld möglich werden. Normalerweise braucht es zehn Jahre, damit sich eine neue Innovation in Entwicklungsländern durchsetzt. Und das muss das Ziel sein.

Marco Berg
Der 1966 geborene Umweltwissenschaftler ist Geschäftsführer der Stiftungen Klimarappen und Klik.

Wie viele Tonnen CO₂ sollen in Peru eingespart werden?

Insgesamt soll durch den Bau von etwa 60'000 energieeffizienten Kochöfen von 2022 bis 2030 maximal 1 Million Tonnen CO₂ reduziert werden. So sieht es der Businessplan vor. Ob das denn auch so realisiert werden kann, wird sich zeigen.

Eine der Regeln des Emissionshandels ist, dass nur solche



Solche offenen Kochstellen sollen in abgelegenen Regionen in Peru durch effiziente Kochöfen ersetzt werden. Foto: Federico Tovoli (Imago, VW Pics)

Projekte unterstützt werden, die ein Land nicht ohnehin schon geplant hat. Kochöfen scheinen doch eher einfach zu realisieren.

Wir wollen effiziente Holzkochöfen in abgelegenen Gegenden bauen. Nicht gratis, weil erfahrungsgemäss die Menschen bei kostenlosen Einrichtungen keine Verantwortung für den Unterhalt übernehmen. Aber sie sollen für die Bevölkerung erschwinglich sein. Gleichzeitig sollen lokale Unternehmen von neuen Aufträgen profitieren. Solche Programme in Randregionen sind für den Staat Peru zu teuer. Hier können wir mit zusätzlichem Geld helfen. Die Schweiz kann so ihre Klimaziele besser erreichen, und Peru profitiert, weil dank den Kochöfen weniger Wald abgeholt wird.

Das klingt in der Theorie gut. Aber wer kontrolliert das?

Unabhängige zertifizierte Unternehmen überwachen regelmäßig gemäss einem Monitoringplan den Fortschritt. Die eingesparten Emissionen werden entsprechend in den nationalen Emissionshandelsregistern verbucht, die einsehbar sind.

Wie viel günstiger ist es, in Peru statt in der Schweiz CO₂ einzusparen?

Wenn das Programm sich so entwickelt, wie wir das anstreben, wird die Reduktion einer Tonne in Peru etwa 30 bis 35 Franken

«Im Ausland ist es fünfmal billiger, CO₂ zu reduzieren.»

maximal 12,5 Prozentpunkte mit Einsparungen im Ausland. Das wären umgerechnet rund 34 Millionen Tonnen CO₂. Mit allen Projekten, die nun in der Pipeline sind, kommen wir auf 10 Millionen Tonnen. Wobei wir noch nicht wissen, wie viele davon zustande kommen werden.

Wie gross der Auslandanteil künftig sein muss, hat das Parlament noch nicht festgelegt.

Das ist für uns ein Problem. Wir brauchen möglichst bald Klarheit darüber, wie viel CO₂ die Schweiz bis 2030 im Ausland einsparen will. Wir können solche Projekte nicht aus dem Hut zaubern, sie brauchen einiges an Vorlaufzeit. Wir sind ohnehin schon zwei Jahre im Rückstand, nicht nur wegen der Abstimmungsniederlage dieses Juni. Es war bereits zu Verzögerungen gekommen, weil der erste Anlauf für ein neues CO₂-Gesetz 2018 im Nationalrat gescheitert war.

Der Worst Case wäre, wenn die Politik beschliesse, das Klimaziel 2030 ohne Auslandskompensation zu erfüllen?

Das Übergangsgesetz, welches das Parlament verabschiedet hat, sieht nur Auslandskompensationen bis 2025 vor. Wir gehen also ein gewisses Risiko ein, wenn wir nun Verträge bis 2030 abschliessen. Aber ich rechne nicht damit, dass das Parlament auf ein Auslandziel verzichten wird.

Und falls es dennoch anders käme?

Das wäre sicher nicht in unserem Sinne. Vergebens wäre unsere Arbeit damit aber nicht gewesen. Unsere Projekte sind qualitativ top, wir könnten die daraus resultierenden Zertifikate auf dem Markt verkaufen. Die Nachfrage ist riesig. Es gibt zahlreiche Unternehmen, die klimaneutral werden wollen und bereit sind, solche Zertifikate zu kaufen.

Die Auslandstrategie der Schweiz ist umstritten. Ein Teil der Politiker befürchtet, dadurch sinkt der Druck für Massnahmen im Inland.

Es war nie die Idee, dass die Schweiz ihre CO₂-Emissionen bis 2030 allein mit Massnahmen im Inland halbiert. Als der Bundesrat 2017 seine Klimapolitik bis 2030 skizzierte, waren Auslandskompensationen ein fixes Element. Er tat dies im Wissen, dass Bevölkerung und Wirtschaft über ihre Importe im Ausland noch einmal gut so viel CO₂ verursachen, wie sie es im eigenen Land tun. Die Schweiz hat also die Verpflichtung, auch im Ausland CO₂ zu reduzieren. In- und Auslandskompensationen gegeneinander auszuspielen, bringt nichts.

Aber gemäss Pariser Abkommen ist jedes Land nur für jene Emissionen verantwortlich, die es auf seinem Territorium verursacht.

Auslandkompensation: Diese Stiftungen sind zuständig

Klimarappen wurde 2005 von Wirtschaftsorganisationen, etwa der Erdölvereinigung, gegründet. Der Vertrag gilt bis 2032. Die Stiftung leistete in den letzten drei Jahren eine Vorfinanzierung von einer Million Franken für eine Testphase mit 1000 Kochöfen in Peru. Sie wird auch die Skalierung des Programms und den Bau der Öfen mit über der Hälfte des Vertragswerts vorfinanzieren.

Die Stiftung Klik erwirbt voraussichtlich bis 2030 Klimazertifikate für die geplante Auslandskompensation. Die Schweiz hat dafür bereits politische Abkommen neben Peru mit Senegal, Georgien und Dominica unterzeichnet. Mit dem Erwerb von Klimazertifikaten wird unter anderem die gesetzliche Pflicht erfüllt, einen Teil der CO₂-Emissionen durch fossile Treibstoffe mit Klimamassnahmen zu kompensieren. (lae)

Richtig. Gerade deshalb ist es ein Zusatzeffort, den die Schweiz mit ihren Auslandskompensationen leistet.

Ohne Auslandkompensation beträgt das Reduktionsziel bis 2030 nur 30 Prozent – viel weniger als etwa die EU mit 55 Prozent.

Man darf nicht vergessen: Der Stromsektor in der Schweiz ist bereits CO₂-frei. Darum ist es legitim, dass die Schweiz im Inland etwas weniger reduziert.

Nur, hätte die Schweiz ihre Hausaufgaben gemacht, wäre eine Reduktion um 30 Prozent bis 2030 kein Kraftakt. Doch das Klimaziel 2020 verpasst sie. Stand 2019 hat die Schweiz 14 der angestrebten 20 Prozent geschafft. Eine Reduktion von 30 Prozent bis 2030 bleibt so oder so ambitioniert – weil es einen Massnahmenmix braucht, der in der Bevölkerung mehrheitlich ist. Diese Frage stellt sich auch jetzt wieder: Mit welchem Instrumentenmix lässt sich das 2030er-Ziel erreichen, ohne dass am Ende das Stimmvolk wieder Nein sagt?

Klimaschutz ist ein Wettlauf mit der Zeit.

Das stimmt. Aber: Sollte sich zeigen, dass die Schweiz ihr Reduktionsziel 2030 nicht erreicht hat, gibt es für sie keine Sanktionen; so sieht es das Pariser Abkommen vor. Vielleicht steht sie dann blöd da, aber vermutlich ist sie nicht allein.

Sie befürchten eine Negativspirale?

Ja. Mit dem Pariser Abkommen soll ein Wettbewerb um Ambitionen zu spielen beginnen. Doch es kann auch dumm laufen und das Gegenteil eintreten: Die Staaten sehen, dass andere nicht so viel tun, und machen es ihnen gleich; darin sehe ich eine grosse Gefahr. Dennoch bin ich grundsätzlich optimistisch. Die Ambitionen im Klimaschutz sind gestiegen, nun gilt es, dafür konkrete und wirksame politische Massnahmen in kurzer Frist auf den Weg zu bringen.